



Klub der NEOS Bezirksrät:innen
in der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 30.09.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Bedarfsgerechte ÖGS-Zugänglichkeit für Aufzeichnungen der Bezirksvertretungssitzungen in der Leopoldstadt

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, eine Möglichkeit zu schaffen, dass Personen mit Bedarf an ÖGS-Dolmetschung diesen Bedarf über einen Kontakt-Button auf der Streaming-Plattform anmelden können. Bei entsprechendem Bedarf soll die jeweilige Sitzung nachträglich mit ÖGS-Dolmetschung versehen und in der digitalen Bibliothek bereitgestellt werden.

Antrag in einfacher Sprache:

Gehörlose Menschen können die Videos der BV-Sitzungen nicht verstehen, weil es keine Gebärdensprache gibt.

Daher fordern wir: Wer Gebärdensprache braucht, soll das melden können. Dann wird die Sitzung mit Gebärdensprache übersetzt und online gestellt. Wir wollen nicht, dass alle Sitzungen sofort in Gebärdensprache übersetzt werden, das ist sehr teuer und braucht viele Menschen, die Gebärdensprache können. Davon gibt es zu wenige und die Stadt muss sparen.

Aber wir fordern: Alle sollen verstehen können, was politisch passiert – das ist ihr Recht.

Begründung:

Die novellierte Geschäftsordnung der Bezirksvertretung enthält eine Kann-Bestimmung für ÖGS Dolmetsch von Sitzungen. Im Sinne einer inklusiven und diskriminierungsfreien Informationspolitik soll diese Bestimmung konkretisiert und nutzbar gemacht werden. Menschen mit Bedarf an Österreichischer Gebärdensprache (ÖGS) sind bislang von den digitalen Aufzeichnungen der BV-Sitzungen weitgehend ausgeschlossen, da keine Dolmetschung erfolgt.

Wir regen dazu an, innovative KI-gestützte Technologien, die zur automatisierten Übersetzung in ÖGS eingesetzt werden können, zu prüfen – etwa durch Avatare oder visuelle Sprachmodelle, die gesprochene Inhalte in Gebärdensprache übertragen. Die Maßnahme soll unter Berücksichtigung der vorhandenen Dolmetschkapazitäten, technologischen Möglichkeiten und finanziellen Ressourcen möglichst effizient und sozial gerecht ausgestaltet werden.

Eine generelle Übersetzung aller Sitzungen ist aufgrund begrenzter Ressourcen und des Mangels an verfügbaren ÖGS-Dolmetscher:innen nicht realistisch. Dennoch muss eine bedarfsorientierte Lösung geschaffen werden, die den Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen für gehörlose und schwerhörige Menschen verbessert.